

PROTOKOLL DER BUFAK PHYSIK in Kaiserslautern

in der Zeit vom 5. bis 7.12.1986



INHALTSVERZEICHNIS

Protokoll des Anfangsplenums

- " " Arbeitskreises: 4+ Modell
- " " " : Kernenergie
- " " " : Naturwissenschaft und Frieden
- " " " : Technologietransfer und Forschungs-
politik
- " " " : Erstsemesterarbeit (verschollen)
- " " " : Veränderungen durch das Studium
- " " " : Hochschulpolitik
- " " " : Fachschaftsarbeit
- " " Abschlußplenums

Teilnehmerliste (Privatadressen)

IMPRESSUM

Zusammengestellt von dem Sekretariat der BuFaK Physik. Für Tippfehler wird nicht haftet.

Die BuFaK ist die Konferenz aller bundesdeutschen Physik-Fachschaften (incl. Westberlin), die regelmäßig einmal jedes Semester tagt.

Protokoll des Anfangsplenums der BufaK vom 5.12.86

Anwesend: 41 Personen aus 20 Fachschaften des Bundesgebietes
Plenumsleiter: Michael Uwe Möbius

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung
2. Mitteilungen und Diskussion über evtl. Arbeitskreise
3. Aufstellung der Arbeitskreise und Zeiteinteilung

1) Begrüßung durch den Plenumsleiter und Behandlung einiger organisatorischer Fragen.

2) a) Die Vertreter der einzelnen Fachschaften sollen ihre Hochschule auf Plakaten vorstellen, die dann ausgehängt werden.

b) Die Teilnehmer aus Mainz berichten über die RCDS-Veranstaltung zu der Herr Geißler eingeladen und bei der es zu Querelen und Rangeleien gekommen war.

Die Teilnehmer aus Regensburg berichten über die kürzlich stattgefundene BufaK der Biologen, die von der Polizei mit Hinweis auf § 129a StGB verboten wurde. Die Teilnehmer wurden Erkennungsdienstlich behandelt und der Stadt verwiesen. Diese BufaK wurde dann in ganz Bayern verboten.

Zu diesen beiden Berichten wurde ein Arbeitskreis "Hochschulpolitik" vorgeschlagen.

- c) Der Plenumsleiter referiert als Vertreter der Fachschaft Kaiserslautern über das in Rheinland-Pfalz aktuelle 4+ Modell. Auch andere Fachschaften berichten über Bestrebungen an ihren Hochschulen das Studium zu straffen. Einige haben schon Semesterbeschränkungen für den Anmeldetermin zum Diplom. Es wird vom Plenum festgestellt, daß die Hochschulen sich mit diesen Bestrebungen selbst schaden, da dadurch z.B. keine "Höheren Semester" für AP-Betreuung usw. zur Verfügung stehen. Es wird ein Arbeitskreis "4+ Modell" gebildet.
- d) Die Tübinger Fachschaft berichtet über Tübingen als zentrale Verteilungsstelle für Asylbewerber und die damit verbundenen Probleme der Unterbringung und Verpflegung. Vor allem die Verpflegung sei zu bemängeln. Es soll ein Arbeitskreis "Flüchtlingsprobleme" gebildet werden.
- e) In Tübingen (nicht nur dort! d. Sätzer) wird die Forschung von der Uni in Privatlabors verlagert, d. h. das Land zahlt an die Uni für die Labors Geld, die Uni hat aber keine Kontrolle über diese Labors. Es wird ein Arbeitskreis "Technologietransfer" gebildet.
- f) Es wird ein Arbeitskreis "WAA" vorgeschlagen. Die Erlanger haben dazu ein Arbeitspapier erstellt, das bei ihnen für DM 7,- bestellt werden kann. Der Arbeitskreis wird nach kurzer Diskussion etwas allgemeiner "Kernenergie" genannt.
- g) Aus Marburg, Stuttgart und Kaiserslautern wird von der Präsidentenwahl berichtet.
- h) Aus Darmstadt, Bonn, Karlsruhe, Erlangen und Kaiserslautern wird über das Computerinvestitionsprogramm (CIP) berichtet. Die Meinungen über dieses Programm gehen durchaus auseinander, was sicher auch damit zu begründen ist, daß etliche Computer nicht gemäß der ursprünglichen Intention des CIP in die Lehre, eingesetzt werden, sondern auf unerklärliche Weise in die Forschungsgruppen diffundiert sind.

i) In Bonn hat im letzten Semester eine Veranstaltungsreihe zum Thema "Probleme der Kernwaffen" stattgefunden. Die gesammelten Vorträge können bei der FS in Bonn für DM 5,- bestellt werden. Das Plenum beschloß, einen Arbeitskreis "Naturwissenschaft und Frieden" einzurichten.

j) Ferner wird aus Bonn berichtet, daß diese Hochschule keine ordentliche Verfassung hat, sondern seit 1976 eine "illegale" Verfassung. Das Kultusministerium hat aber jetzt der Hochschule die Auflage gemacht bis zum 11.7.87 sich eine Verfassung zu geben, sonst wird ihnen eine vom Ministerium aufgedrückt.

3) Folgende Arbeitskreise werden gebildet:

4+ Modell	:	Freitag	mittag
Kernenergie	:	"	"
Naturwissenschaft und Frieden	:	"	"
Technologietransfer	:	Samstag	morgen
Erstsemesterarbeit	:	"	"
Veränderungen durch das Studium	:	"	"
Hochschulpolitik	:	Samstag	mittag
Fachschaftsarbeit	:	"	"

Christa Wügg

AK 4+ Modell/Graduiertenkolleg

Aufgebracht wurde das Thema dieses AK von der Fachschaft aus Kaiserslautern, bei der - ebenso wie in Mainz - die Vorschläge des Wissenschaftsrates bereits im Fachbereichsrat diskutiert worden waren. Unserem AK lagen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates in der Kurzfassung sowie ein Artikel des 'lauterer Prof. Ehrhard (Phys. Bl. 42(1986) Nr. 5, S. 141f) vor. Die Stellungnahme der DPG lag leider nicht vor (auch Suchen in der Bibliothek half nicht).

Zunächst entspann sich eine Diskussion um den Ehrhardt-Artikel, die einen meinten, er habe eine Aversion gegen "faule" Studenten, die anderen fanden, er sage nur klar und deutlich was der Wissenschaftsrat verklausuliert. Für letzteres spricht die Langfassung der Empfehlungen. Einigkeit bestand darin, daß auch Prof. Ehrhardt eine Oase für die Physik erhalten will.

Die allgemeine Diskussion drehte sich um folgende Punkte:

- Es sollen Leute für die Industrie herangezogen werden. Um Wischerblätter für Daimler zu entwerfen, ist keine Quantenmechanik nötig. Je kürzer das Studium, desto länger die Verwertbarkeit in der Industrie. Andererseits werden auch Leute gebraucht, die auf physikalisch-technischem Gebiet kreativ sein können, da wirkt Überspezialisierung hemmend. Dazu sind dann die "besonders Begabten" ausersehen. (Inwieweit dies auf eine Auslese nach finanziellen Mitteln hinausläuft, haben wir nicht diskutiert.)
- Die Finanzierung des Graduiertenstudiums soll durch Stipendien erfolgen. Daraus ergeben sich Probleme:
 - Es gibt keinen Rechtsanspruch auf Förderung
 - Doktoranden erhalten im Gegensatz zu bisher keine Stellen, das heißt, keine soziale Absicherung
 - Stipendien sind extrem leistungsabhängig und damit ein verstärktes Druckmittel
 - Stipendien werden nach persönlicher Auswahl vergeben (gefällt deine Nase, deine politische Aktivität dem Auswahlgremium nicht, gibt es keine Kohle)
- Das Graduiertenkolleg soll den Schwerpunkt des Fachbereichs herauszeichnen. Hier besteht eine Beziehung zu den Empfehlungen zum Hochschulwettbewerb, die auf der letzten BuFaK diskutiert wurden.
- Durch das Genehmigungsverfahren wächt der Einfluß der Ministerialbürokratie.

Ein Rundlauf der anwesenden Fachschaften brachte folgende Ergebnisse:

- Allgemein wurde beobachtet, daß Professuren von den Geistes- und Sozialwissenschaften zu den Naturwissenschaften und zur Informatik verschoben werden. In den Geisteswissenschaften werden Lehrstühle im Hinblick auf die Naturwissenschaften besetzt (z.B. in Duisburg wurde ein Studiengang "Technische Pädagogik" geschaffen). In Baden-Württemberg werden die Fächer sogar zwischen den Unis verschoben.
- Allerorten versucht man, Sonderforschungsbereiche an Land zu ziehen.
- In Braunschweig wurde versucht, eine Altersgrenze für Doktoranden einzuführen. Ein derartiger Fall kam auch in Darmstadt einmal vor.
- Das Thema Graduiertenkolleg ist außerhalb von Rheinland-Pfalz noch nicht in die Fachbereiche getragen worden. Der Mainzer FBR

lehnt das Graduiertenkolleg ab (Stellungnahme liegt bei). In Freiburg wird gerade ein Graduiertenkolleg im Bereich Polümerforschung gebildet.

- An fast jeder Hochschule wird ein Schwerpunkt Festkörperphysik gebildet (ob das auch so eine Sackgasse wird wie die Kernphysik? der tipper).

Bei der Umstrukturierung der Hochschulen will man nach dem Ärger ums HRG weiteren Lärm vermeiden. (Gute Aussichten für Widerstand. d.t.)

Meine persönliche Einschätzung ist, daß das 4+ Modell in der Physik kaum eine Chance hat, verwirklicht zu werden. Für uns spricht die DPG-Stellungnahme und die Tatsache, daß die Physikausbildung heute schon (in den Augen der Profs) hohe Qualität hat. Viele Vorschläge des Wissenschaftsrates sind in der Tat Schnee von gestern.

Deshalb: keine Panik, wünscht Euch Jörg Knappen, FS Physik/Meteorologie Mainz.

PS. Wissenschaftsrat
Marienburger Str. 8
5000 Köln 51

Da könnt Ihr die "Empfehlungen zur Stuktur des Studiums" bestellen.

Anlage zum Protokoll: 4+ Modell/Graduiertenkolleg

Fachbereich Physik (Mainz)

Stellungnahme

Betrifft: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Struktur des Studiums

Bezug: Schreiben des Herrn Präsidenten vom 7.7., 19.8. und 8.9.1986

In seiner Sitzung vom 22. Oktober 1986 hat der Fachbereichsrat Physik die Vorschläge des Wissenschaftsrates zur Einrichtung von Graduiertenkollegs eingehend diskutiert und ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Einrichtung von Graduiertenkollegs oder ähnlichen Einrichtungen zur weiteren Verbesserung der Doktorandenausbildung kann nicht unabhängig von dem Drängen der Politiker nach weiterer Studienzeitverkürzung gesehen werden. So heißt es in der Pressemitteilung 110/1986 des BBW vom 14.8.1986

"Hier liegt es nahe, Stoff aus dem Studium in eine Postgraduiertenausbildung zu verlagern."

Das Kultusministerium Rheinland-Pfalz schreibt am 20.8.1986 Az. 951-50 065/40

"Die Universitäten müssen sich darüber im klaren sein, daß durch die Einrichtung von Graduiertenkollegs die Zeiten für die Erstausbildung des Studenten ("Regelstudienzeiten") kürzer werden müssen."

Diese Auffassung des Kultusministeriums wird durch ein Schreiben vom 18.9.1986 Az. 951-50 065/40 noch einmal unterstrichen, in dem es heißt:

"Durch die Einführung von Graduiertenkollegs, die einen Teil der Spezifizierung aus der Phase der Erstausbildung in die Postgraduiertenphase verlegt, müssen die Zeiten für die Erstausbildung der Studenten, die dann gegenüber dem jetzigen Zustand mehr der Vermittlung eines breiten Grundwissens dienen können, zwangsläufig verkürzt werden."

Derartige Äußerungen lassen vermuten, daß nicht bekannt ist, nach welchen Prinzipien sich die Auswahl der Studieninhalte im Fach Physik richtet und welche "Entrümpelungen" laufend stattfinden um ohne Verlängerung der Regelstudienzeit die Ausbildung an die Anforderungen der beruflichen Praxis des Physikers anzupassen. Der Fachbereichsrat Physik verweist in diesem Zusammenhang auf die

"Erklärung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) und der Konferenz der Fachbereiche Physik (KFP) zur Struktur des Physikstudiums an den deutschen Hochschulen".

Wenn das Studium der Physik weiter beschnitten wird, dann entfällt das Diplom in Physik als eigenständiger, für den Beruf des Physikers qualifizierender Studienabschluß. Die Entwicklung wird dazu führen, daß für eine erfolgreiche Laufbahn in der Wirtschaft (vgl. Studiengang Chemie) die Promotion nachgewiesen werden muß. Dies aber würde zu einer effektiven Verlängerung des Studiums führen.

Von Außenstehenden wird leicht übersehen, in welchem Maße und mit welcher Schnelligkeit die Kenntnisse und Methoden der Physik sich laufend entwickeln und in die Praxis umgesetzt werden. So zeigt ein Bericht der Mainzer Allgemeinen Zeitung vom 24.10.86, daß das Raster-Tunnelelektronenmikroskop, dessen Entwicklung mit dem Physik-Nobelpreis 1986 gewürdigt wurde, bereits jetzt in einem Mainzer Industriebetrieb in der industriellen Qualitätskontrolle eingesetzt wird. Wenn das Physikstudium weiter verkürzt würde, könnten die Absolventen derartige Geräte vielleicht noch bedienen, aber nicht mehr wissenschaftlich verstehen und weiterentwickeln.

Wenn im Schreiben des Kultusministeriums vom 18.9.1986 dem Studium verstärkt die Vermittlung von Grundwissen zugeordnet wird, dann verkennt dies, daß das Physikstudium nicht nur auf die Vermittlung von Wissen, sondern vorallem auch auf die Fähigkeit zielt, physikalische Probleme lösen zu können. Diese Fähigkeit wird nur durch wissenschaftliche Praxis erworben, wie sie in den Diplomarbeiten erfahren und erlernt wird. An der Beratung des Fachbereiches Physik am 22.10.1986 haben Professoren teilgenommen, die durch ihre Mitarbeit in internationalen Forschungsprojekten sehr gut den Ausbildungsstand der deutschen mit ausländischen Studenten vergleichen können. Sie legten dar, daß die immer wieder zum Vergleich herangezogenen ausländischen Studiengänge weitaus weniger die Fähigkeit zur praktische Problemlösung vermitteln als der deutsche Diplomstudiengang. Die bisherigen Erfahrungen mit verkürzten Physikstudiengängen an Gesamthochschulen zeigen, daß den deutschen privaten und öffentlichen Arbeitgebern in erster Linie an wissenschaftlich voll ausgebildeten Physikern gelegen ist. (s. auch Erklärung der DPG und der KFP).

Bei einer Diskussion der Studienzeiten darf man nicht übersehen, daß die tatsächlichen Studienzeiten nicht nur durch die Inhalte und Methoden der Lehre, wie sie in den Studien- und Prüfungsordnungen ihren Ausdruck finden, bestimmt werden, sondern in einem Fach wie der Physik ganz wesentlich durch die zur Verfügung stehende technisch-wissenschaftliche Infrastruktur. Dies betrifft in Mainz vor allem die Kapazität der mechanischen und elektronischen Werkstätten sowie die Datenverarbeitungskapazität. Hier muß im Interesse einer Verkürzung der tatsächlichen Studienzzeit dringend eine Verbesserung erfolgen.

Unter dem Stichwort "Graduiertenkolleg" macht der Wissenschaftsrat Vorschläge zur Gestaltung der Doktorandenstudien. Er macht die Einrichtung derartiger besonderer Einrichtungen der Nachwuchsförderung von bestimmten Voraussetzungen, insbesondere der Existenz von Forschungsschwerpunkten abhängig, die einer Qualitätskontrolle durch externe Begutachtung unterliegen.

Hier kann festgestellt werden, daß im Fachbereich Physik viele der vorgeschlagenen Maßnahmen bereits seit Jahren etabliert sind und ebenfalls mehrere Forschungsschwerpunkte existieren, die einer Qualitätskontrolle durch auswärtige Gutachter, wie sie der Wissenschaftsrat fordert, unterliegen. Diese Schwerpunkte sind

entweder in Sonderforschungsbereiche oder in die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) geförderte sog. Verbundforschung (im Verbund von Hochschulen und Großforschungseinrichtungen) und die entsprechenden Begutachtungsverfahren eingebunden. Dazu kommt als universitätsinterne Organisationsform das Materialwissenschaftliche Zentrum. Es handelt sich hierbei um die folgenden 4 Schwerpunkte (nach physikalischen Gesichtspunkten geordnet):

- a) **Elementarteilchen-/Hochenergiephysik**
(Verbundforschung insbes. mit dem europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf),
- b) **Mittelenergiephysik mit elektromagnetischer Wechselwirkung**
(Sonderforschungsbereich 201, MAMI-Projekt),
- c) **Atom- und Kernphysik mit Laserspektroskopischen Methoden**
(Verbundforschung mit der Gesellschaft für Schwerionenforschung GSI Darmstadt),
- d) **Physik der kondensierten Materie**
(Sonderforschungsbereich 1305, Sonderforschungsbereich 1279 Frankfurt/Darmstadt/Mainz).

Dabei sind diese Forschungsbereiche nicht gegeneinander abgeschottet, vielmehr werden Kooperationsmöglichkeiten in bereichsübergreifenden Forschungsprojekten und gemeinsamen Lehrveranstaltungen genutzt.

Es bestehen enge Kooperationen mit Forschungsgruppen des Fachbereiches Chemie (in den Bereichen Kernchemie und Physikalische Chemie). Die vom Wissenschaftsrat auf S. 67 angesprochene Verbindung und Öffnung in Richtung außeruniversitärer Forschungsinstitute und räumlich benachbarter Universitäten existiert im Rahmen der Sonderforschungsbereiche, der Verbundforschung und des Materialwissenschaftlichen Zentrums. Zu nennen sind insbesondere:

- Europäisches Kernforschungszentrum CERN in Genf
- Max-Planck-Institut für Kernphysik, Heidelberg
- Max-Planck-Institut für Luftchemie (Otto-Hahn-Institut) in Mainz
- Gesellschaft für Schwerionenforschung GSI in Darmstadt
- Max-Planck-Institut für Polymerforschung in Mainz

Dabei geht es nicht um gelegentliche Forschungskontakte, sondern um gemeinsame Forschung und gemeinsame Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses (insbes. von Doktoranden). Hinzu kommen Kontakte zu ausländischen Forschungseinrichtungen, die nicht nur auf den erreichten wissenschaftlichen Standard hinweisen, sondern auch direkt der Ausbildung der Doktoranden zugute kommen. Diese Kontakte äußern sich nicht nur darin, daß ausländische Professoren z.B. als Humboldtpreisträger längere Zeit in Mainz weilen, daß ausländische junge Wissenschaftler als Humboldtstipendiaten in Mainz tätig sind, daß regelmäßig ausländische Wissenschaftler in Mainz vortragen, sondern auch darin, daß sich britische Wissenschaftler mit erheblicher finanzieller Unterstützung der britischen Forschungsförderung an Experimenten am Mainzer Mikrotron (MAMI) beteiligen.

Was die auf Seite 64 ff. aufgeführten Ziele und Maßnahmen betrifft, so muten sie in vielen Punkten aus hiesiger Sicht eher

als eine Beschreibung des status quo an als eine Beschreibung von etwas Neuem. Die Einbindung der individuellen Forschung in größere Zusammenhänge ist bei Sonderforschungsbereichen und der Verbundforschung eine Selbstverständlichkeit. In Arbeitsgruppen und Institutsseminaren wird die laufende wissenschaftliche Arbeit regelmäßig berichtet und zur Diskussion gestellt. Im regelmäßig stattfindenden Physikalischen Kolloquium, das gemeinsam mit dem Max-Planck-Institut für Polymerforschung durchgeführt wird, berichten auswärtige Wissenschaftler über neue wissenschaftliche Ergebnisse auch in den Forschungsgebieten, die in Mainz nicht vertreten sind.

Wenn der Wissenschaftsrat sog. Graduiertenkurse als wichtige Möglichkeit zur Förderung von Doktoranden sieht, so bestätigt er die langjährige Praxis der Physik. Schon seit langem gibt es physikalische Sommerschulen, Ferienkurse usw., die der Ausbildung der an den Forschungsprojekten arbeitenden Studenten dienen. Von Mainz aus wird für die im SFB 201 (MAMI) tätigen jungen Wissenschaftler regelmäßig ein Fortbildungskurs veranstaltet, an dem nicht nur die Mainzer Doktoranden, sondern auch die Doktoranden anderer Hochschulen teilnehmen.

In der Sitzung des Fachbereichsrates vom 22.10.1986 wurden verschiedene Möglichkeiten, die Ausbildung der Doktoranden zu verbessern, angediskutiert und übereingekommen, diese Überlegungen weiterzuführen und im Hinblick auf die Vorschläge des Wissenschaftsrates zu prüfen.

Die vom Wissenschaftsrat geforderte Planung der zeitlichen Abfolge, insbesondere die Einrichtung obligatorischer Veranstaltungen wird jedoch als eine Verschulung angesehen, die dem Charakter kreativer physikalischer Forschung widerspricht. Es herrschte Übereinstimmung, daß Veranstaltungen für Doktoranden der Physik in erster Linie in der Form von Kompaktkursen durchgeführt werden müssten (wie bei Sommerschulen o.ä.), da bei einer Einbindung der individuellen Forschung in größere Projekte (z.B. MAMI, Verbundforschung) vielfältige zeitliche Randbedingungen vorgegeben sind.

Besonders wichtige Maßnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses wären die Bereitstellung von (attraktiven) Promotionsstipendien, von Mitteln für Gastdozenten und eine Verbesserung der technischen Infrastruktur. Es ist für die um den wissenschaftlichen Nachwuchs Besorgten deprimierend, wenn Doktoranden darüber klagen, daß neue Ideen nicht oder nur mit großen Verzögerungen verfolgt werden können, weil die Wartezeiten in den Werkstätten wegen nicht ausreichender Personalausstattung überlang sind oder die Computermöglichkeiten der Hochschule (Rechenzentrum, Forschungsnetz EARN) noch nicht dem in der Physik international üblichen Standard entsprechen.

Alle Diskussionen und Ansätze, die Doktorandenausbildung in Anlehnung an die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu verbessern, werden jedoch überschattet von den Vorstellungen der Politiker, die Einrichtung von Graduiertenkollegs mit einer Beschneidung des Diplomstudienganges verbinden zu können. Wenn das Kultusministerium schreibt, daß mit der Einrichtung eines Graduiertenkollegs zwangsläufig die Erstausbildung der Studenten (i.e. das Diplomstudium) verkürzt werden muß, dann bedeutet dies, daß in absehbarer Zeit kein Graduiertenkolleg im Bereich der Physik in Mainz eingerichtet werden kann, obwohl wegen der wissenschaftlichen Schwerpunkte und der die Grenzen des Fachbereiches und der Ein-

versität überschreitenden Kooperationen sehr gute Grundvoraussetzungen für eine qualitativ hervorragende Doktorandenausbildung vorliegen. Der Diplomstudiengang ist bundeseinheitlich durch die Rahmenprüfungsordnung geregelt, die erst vor wenigen Jahren verabschiedet wurde und eine Regelstudienzeit von 10 Semestern vorsieht. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist auf Bundesebene die Notwendigkeit eines 10-semesterigen Studiums eingehend geprüft und bejaht worden. Wenn eine einzelne Hochschule hier im Alleingang die Grundzüge des Studiums ändert, dann ergeben sich auch Anerkennungsprobleme und zwar nicht nur bei dem Übergang an eine andere Hochschule z.B. zum Zwecke der Promotion, sondern auch im Hinblick auf die spätere Berufstätigkeit.

Abgesehen von diesen durch die bundesweite Vernetzung und die Verkopplung mit dem Arbeitsmarkt gegebenen Randbedingungen müßte bei der geforderten zwangsläufigen Verkürzung der Diplomstudienzeit auch schon allein unter lokalen Aspekten die Einrichtung eines Graduiertenkollegs in besonderer Weise geplant werden. Würde man beispielsweise ein Graduiertenkolleg nur in Hinblick auf eines der Mainzer physikalischen Schwerpunktfelder einrichten, so würde hierdurch erheblich in die anderen Schwerpunktfelder eingegriffen. Die Doktoranden aller Schwerpunktfelder rekrutieren sich aus dem einheitlichen Diplomstudiengang. Wenn dieser beschnitten wird, die Defizite aber nur in einem Bereich in einem Graduiertenkolleg kompensiert werden, dann wird der durch längerfristige Entwicklung erreichte und international anerkannte wissenschaftliche Leistungsstand der anderen Bereiche reduziert werden.

Mainz, den 31.10.1986

Buhmann

(Dekan)

Diskussionspapier zur Energie- und Systemfrage

Wir sind heute mit einer Energieversorgungsstruktur konfrontiert, die von kritischen Stimmen als technisch überholt und umweltfeindlich bezeichnet wird. Sie ist durch starke Zentralisierung in großen Einheiten, mit unvertretbaren Transportkosten und unsinnigen Umwandlungsverlusten gekennzeichnet. Die Ursache dafür liegt in der Monopolisierung der Energieunternehmen, die im Dritten Reich festgelegt und bis in unsere Zeit fortgeführt wurde. Eine Folge davon sind große Überkapazitäten, wie sie unter kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicher sinnvoll sind. Heute wie damals ist die Energiepolitik nicht an realem Bedarf, sondern an Kriesensicherheit orientiert. Besonders Kernkraftwerke passen in dieses Konzept, da sie die Abhängigkeit von Erdöllieferungen aus Länder verringern, in denen die Großmächte regelmäßig Stellvertreterkriege um wirtschaftliche Einflusssphären führen. Zudem funktionieren Atomkraftwerke auch lange Zeit, ohne daß neues Uran zugeführt werden muß.

Die EVU's haben kein Interesse daran, daß sich an dieser Situation etwas ändert; für sie zählen nur kurzfristige Profite und der Erhalt ihrer Machtposition. Eine bedarfsgerechte Energieerzeugung würde ihr Monopol zerschlagen.

Davor wissen sich die Herren wirksam und dauerhaft zu schützen. Durch ihre Verflechtung mit Politik und Verwaltung, teilweise auch mit der Judikative, ist dafür gesorgt, daß Fördergelder profitgerecht fließen, die Strukturen politisch untermauert und vor Gericht gegen Widersprüche verteidigt werden. Gleichzeitig sorgt ebenso subtile wie massive Propaganda dafür, daß Unternehmereigennutz durch den Mehrheitswillen der Bevölkerung unterstützt wird. Die "Freiheit der Deutschen" sei durch Sparsamkeit bedroht, Verzicht auf die Kernenergie führe zwangsläufig in die Steinzeit zurück.

Immer mehr Menschen durchschauen die Lügen der Energiefürsten. Sie sehen sich Diskriminierung und Repressionen durch die Industrie und Staatsmacht ausgesetzt, sobald sie damit an die Öffentlichkeit gehen oder dagegen aktiv werden. So soll die Kriminalisierungskampagne die Aufmerksamkeit von den wahren Problemen ablenken: den fehlenden Argumenten des Kapitals.

Wir fordern daher zunächst ein neues Energiekonzept, das folgenden Punkten entsprechen muß:

- effektive Ausnutzung der Energie und sparsamer Umgang damit
- Verwendung regenerativer Energiequellen
- dezentrale, den Erfordernissen des Standorts angepasste (Erzeugungs-) Technologie, d.h. Bereitstellung der jeweils benötigten Energieform, z.B. Wärme, Bewegungsenergie etc. ohne vermeidbare Energieumwandlung
- die mit der Energieerzeugung verbundene Technologie muß langfristig umweltverträglich sein
- die totale Energiebilanz der Anlagen muß positiv sein, d.h. der Energieaufwand zur Bereitstellung solcher Anlagen soll klein gegenüber der erzeugten Energie sein
- Aus diesem Konzept entwickelte Erkenntnisse und Technologien sind anderen Länder zugänglich zu machen, ohne daß ihnen dabei Kosten für die Entwicklung entstehen

Dieses Konzept kann nicht kurzfristig verwirklicht werden. Dem stehen einerseits die vorhandenen Versorgungsstrukturen entgegen, zum anderen sind bis jetzt alternative Technologien nur im begrenzten Umfang verfügbar. Den Übergang zu einem vernünftigen Energieprogramm stellen wir uns so vor:

- Sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke und Stop der Kernenergieforschung
- Entschwefelung und Entstickung der bestehenden Kohlekraftwerke
- Aufklärung der Bevölkerung über verantwortungsvollen Umgang mit der Energie; Veränderung der Preisstruktur zugunsten sparsameren Verbrauchs
- Förderungsprogramm für regenerative Energiequellen und Sparmaßnahmen
- Ausarbeitung von regionalen Versorgungskonzepten und Zeitplänen zu deren Einführung
- Schrittweise Realisierung der neuen Versorgungsstruktur durch Ersetzen überalterter Kohlekraftwerke u.ä.

Aufgrund der oben angeführten Verhältnisse werden sich Staat und Industrie gegen ein solches Konzept sperren. Wir unterstützen deshalb sowohl den gewaltfreien wie auch den militanten Widerstand, der zur Zeit gegen WAA und Kernenergie geleistet wird. Es liegt auf der Hand, daß dieser Widerstand gegen die starke Gruppe der Atomindustrie gerichtet sein muß und auf die Beschneidung der Macht dieser Konzerne hinausläuft. Neben der WAA sind auch viele andere Mißstände verknüpft mit der ökonomischen Struktur unserer Gesellschaft. Deshalb wird der Widerstand gegen einzelne Projekte immer verbunden sein mit dem Ziel, Produktionsverhältnisse grundlegend zu ändern.

Während die Polizei Demonstrationen wie die in Hasselbach unbehelligt läßt, provoziert sie mit massiver brutaler Gewalt Menschen, die sich mit anderen Formen des Widerstands auseinandersetzen. Das Konzept des Widerstands muß sich auf die massive Polizeiaufrüstung und die verschärfte Gesetzgebung einstellen. Wir halten Widerstandsformen für notwendig, die die Kosten für solche Projekte in die Höhe treiben. Der symbolische Widerstand ist nicht die einzige Möglichkeit, sich gegen die Atomindustrie zu wehren. Wir müssen die Strukturen dort angreifen, wo es sie wirklich trifft, nämlich an ihren Profitinteressen. Der Widerstand darf nicht nur in Wackersdorf bleiben, sondern muß überall dorthin getragen werden, wo die Betreiber und Zulieferer solcher Anlagen sind.

Die inhaltliche Diskussion über die eigentliche Thematik, wie auch über Widerstandsformen muß in den Universitäten verstärkt werden.

AK Wissenschaftler und Frieden

Als Grundlage für die AK-Arbeit wurden zu Beginn der Runde die Hamburger Abrüstungsvorschläge durchgearbeitet.

Die Hamburger Abrüstungsvorschläge
12. September 1986
in: Deutsche Volkszeitung/die tat
Nr. 47/21. November 1986

Im Folgenden werden die zehn Vorschlagspunkte kurz aufgelistet:

- I Ein Verbot jeglicher Kernwaffentests ist notwendig und kann angemessen verifiziert werden. (...)
- II Die Produktion spaltbaren Materials für Atomwaffen muß gestoppt werden. (...)
- III Einschneidende Verringerungen der Zahl der Atomwaffen sind möglich und würden unsere Sicherheit vergrößern. (...)
- IV Destabilisierende Trägersysteme sollen zuerst abgeschafft werden. (...)
- V Auf längere Sicht müssen alle Atomkräfte zusammenarbeiten. (...)
- VI Angemessene Verifikation einschneidender Verringerungen ist möglich. (...)
- VII Weltraumwaffen müssen verboten werden. (...)
- VIII Mittel- und Kurzstreckenatomwaffen müssen in den Abrüstungsprozeß einbezogen werden. (...)
- IX Nichtnukleare Streitkräfte müssen verringert und mit einer nichtoffensiven Struktur ausgestattet werden. (...)
- X Chemische Waffen müssen vollständig verboten und die Konventionen über biologische Waffen sollten gestärkt werden. (...)

Der vollständige Text der Abrüstungsvorschläge kann (auch in größeren Mengen) bestellt werden. Die Kopie eines Bestellvordrucks befindet sich am Ende des Protokolls.

Die folgende Diskussion beschäftigte sich mit der Frage, welche Rolle der Wissenschaftler im Wettrüstungsszenario einnimmt.

Die folgenden Thesen kristallisierten sich dabei letztendlich heraus. Sie zeigen gleichzeitig, daß das Problem der Rüstung und die Stellung der Wissenschaftler dazu in einem viel weiteren Rahmen gesehen werden müssen.

- Wissenschaft ist niemals wertfrei sondern subjektiv; dies nutzen die politischen Machtstrukturen für ihre Interessen aus. Durch Förderung dieser Interessen werden viele wichtige Probleme kaum (wenn überhaupt) behandelt. Probleme sind z.B.

- die Umweltverseuchung,
- die sozialen Mißstände,
- das Nord-Südgefälle und
- die Energieproblematik.

- Viele Wissenschaftler arbeiten nur in der Rüstung, um an Forschungsgelder und/oder Arbeitsplätze zu gelangen.

- Die Rüstungsforschung ist oftmals getarnt und daher nicht als solche zu erkennen (der Wissenschaftler weiß nicht, wofür er forscht).

- Die Abrüstungsvorschläge zeigen auf, daß eine konkrete Kontrolle der Abrüstung möglich ist; dies steht in direktem Widerspruch zu den in der Öffentlichkeit von den Politikern verbreiteten Behauptungen.

- Kann die wissenschaftliche Forschung überhaupt von der Rüstungsforschung entkoppelt werden?

Bitte untenstehenden **Bestellschein** abgeben oder einsenden an:

Volkszeitung/die tat

Leserservice
bei Röderberg

Postfach 10 1848

6000 Frankfurt 1

verantwortlich: Christoph Speier
Schumannstr. 56, 6000 Frankfurt

schnipp
← schnapp

Ja, ich will mitmachen... und möchte

als Werbematerial

— Ex. der Dokumentation

Way out of the Arms Race

(Verantwortung für den Frieden)

Naturwissenschaftlicher Kongreß am 15.
(8 Seiten Zeitungsformat, Unkostenbeitrag
140,- DM)

- 10 Stück kostenlos
 - 100 Stück 20.-- DM
 - 1.000 Stück 140.-- DM
- Nur gegen Vorkasse -
(Euro- oder V-Scheck)

— Ex. der Jahresabschlußausgabe der

Deutsche
Volkszeitung
die tat

Nr. 51/52 zur Weitergabe an
Freunde/Bekanntes
(nur 0,90 DM pro Stück)

Name, Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Telefon _____

Unterschrift _____

Technologietransfer/ Forschungspolitik

Zunächst untersucht werden Taus der Hochschule heraus in die Industrie hinein.

Die Forschungsergebnisse der Universitäten (Grundlagenforschung) sind oft nicht direkt für die Industrie verwertbar, sondern müssen in eine verwertbare Form übertragen werden.

Hierbei fanden wir heraus, daß zur Zeit folgendes Konzept praktiziert wird:

- 1.) Technologieparks
 - 2.) Zur Universität gehörende Institute
 - 3.) Institute in Kooperation mit der Hochschule
 - 4.) Personalaustausch
-
- 1.) In Technologieparks sollten nach dem Vorbild von Silicon Valley kleinste Firmen auf engem Raum mit Hochschulabsolventen die Projekte aus ihren Abschlußarbeiten fortführen und zur Anwendung reife zu bringen. Dieses Modell ist als gescheitert anzusehen, da aussichtsreiche Ideen von großen Firmen (Aufkauf von Patentrechten) übernommen wurden.
 - 2.) Es handelt sich um Institute, die der Universität angehören, oft keinem FB angehören und praktisch reine Forschungsarbeit leisten. Diese Institute entziehen sich somit weitgehend der Öffentlichen Kontrolle, und die Veröffentlichung der Forschungsvorhaben, insbes. Drittmittelforschung ist nicht gewährleistet. Diese Forschung ist für mittelständige Unternehmen, die keine eigenen Entwicklungslabors besitzen, interessant, da die Erstmittelinvestition in die Ausstattung, die vom Land bezahlt werden, sehr viel höher sind als die Drittmittel, die später für Forschungsvorhaben und Stellen gezahlt werden müssen. Weiterhin ist durch Nichtveröffentlichung die Möglichkeit gegeben, Projekte vor der Konkurrenz geheimzuhalten.
Die Einrichtung solcher Institute erfolgt aus 2 Aspekten:
 - Um bestimmte Kapazitäten an der Universität zu halten

- Die Industrie tritt mit Forschungsvorhaben an die an die Regierungen heran, die dann die Gründung von Instituten finanziell fördert.

Bsp. für solche Projekte sind das Schottky-Institut in München und das Tübinger Interfakultäres Inst. für Kommunikationswissenschaften, sowie AEG in Ulm welche die Universität und die FH gegeneinander ausspielte, um spezielle Studiengänge für den eigenen Nachwuchs einzurichten; dabei bezahlt AEG die Professorenstellen und die Universität die Assistenten, die für AEG forschen.

- 3) Fraunhofer-Gesellschaft: Oft werden hier geheime ~~Forschungs~~ Forschungsvorhaben durchgeführt, daher sind diese sehr unabhängig gegenüber der Hochschule; sie beziehen aber den größten Teil ihres Nachwuchses von daher.
- 4) Es besteht für die Professoren die Möglichkeit einer Beurlaubung bis zu einigen Jahren, um in der Industrie an einem Forschungsprojekt mitzuwirken. Hierbei entstehen teilweise Lücken im Lehrbereich; die wichtigste Folge ist jedoch die stärkere Verflechtung des jeweiligen Betriebes mit der Hochschule. im Hinblick auf Beschäftigung der Diplomanden und verstärkten Drittmitteleinwerbung.

Eine wesentliche Umstrukturierung innerhalb der Hochschule droht durch den Fiebinger-Plan, bei dem in "zukunftssträchtigen" Bereichen neue Stellen geschaffen werden, die in anderen Bereichen wegfallen. Hierdurch wird die Forschung umstrukturiert, wobei Wissenschaft im sozialpolitischen Bereich zugunsten technologieorientierter Projekte gekürzt wird. Der Mißbrauch von Wissen durch die Abhängigkeit der Professoren von der Industrie ist verstärkt möglich.

Andere Arten des Technologietransfers

Zunächst diskutierten wir, welchen Einfluss und welche Aufgaben Forschungspolitik in der Gesellschaft hat.

Wir sagten dazu, daß das Modell der Humboldt-Uni (wertfreie Forschung) nicht anwendbar ist, sondern Forschung wird durch die Gesellschaft finanziert und bedarf wegen der Ambivalenz der Forschungsergebnisse der Kontrolle,

Forschungspolitik ist ein Instrument für gesellschaftliche Entwicklung aus der jetzt eine kleine profitorientierte Gruppe auf Kosten der Masse

Nutzen zieht.

In der heutigen Gesellschaft ist die Hochschule auf industrielle Verwertbarkeit der Ergebnisse ausgerichtet, und deshalb für gesellschaftskritische Strömungen zunehmend versperrt.

Möglichkeiten des TT

- TT mit der Industrie
- TT im individuellen Rahmen
- Kooperation mit Gewerkschaften (z.B. Humanisierung der Arbeit) etc.

Welche Technologie wird transferiert und wem nützt sie ?

Jede relevante Gruppe hat ein Interesse an Forschung und versucht daher auch darauf Einfluß zu nehmen

bes. Firmen, die sich keine eigene Forschung leisten können (z.B. CDU-Mittelstandsver.)

Eine Möglichkeit zur Kontrolle der Forschung sind Ausschüsse, die paritätisch von Gewerkschaften u.a. besetzt sind. Zur Durchsetzung eines neuen Konzepts für die HS muß die Machtverteilung in der Gesellschaft verändert werden, und es wäre z.B. sinnvoll, eine Forschungssteuer zu erheben, die von diesen Gremien über die HS an die FB verteilt werden. Notwendig ist ein Erstellen von Modellen, die mehrheitlich akzeptabel sind und Machtpositionen verändern. Konkrete Vorschläge für eine Demokratisierung der Wissenschaft wären: Ausbau von Wissenschaftsläden und krit. Uni's, alternative Institute an Hochschulen angliedern usw. Auf alle Fälle muß die Industrie gezwungen werden, für die Allgemeinheit zu arbeiten, Strukturen in der Forschung müssen transparent gemacht werden (System von unten öffnen) und die Wissenschaftsgläubigkeit abgebaut werden.

AK Veränderungen durch das Studium

Ausgangspunkt: Das Studium verursacht eine Veränderung der Persönlichkeit zum Negativen. Die Persönlichkeit wird eher eingeschränkt als erweitert. Unzufriedenheit mit dem Studium.

was wird als negativ empfunden:

- zeitliche, arbeitsmäßige Überlastung, besonders vor Klausuren und während Praktika
- Aufbau von Beziehungen ist erschwert und bestehende Freundschaften nehmen Schaden
- Beschäftigung mit anderen Interessensgebieten kommt zu kurz
- Gespräche kreisen oft um Physik, andere Gesprächsthemen geraten in den Hintergrund
- Verlust von Weitsichtigkeit, Tendenz zu Kritiklosigkeit und Engstirnigkeit
- die Denkstrukturen werden beeinflusst; vorwiegend logisches, rationales Denken wird gefördert, das in Alltagssituationen oft umständlich und hinderlich ist

Frage: Ist die Überlastung im Studium gewollt?

Gerda Freise: Das Grundstudium dient dazu, beim Studenten ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil zu entwickeln.

Das Bild des Physikers in der Industrie: er soll vorgesezte Arbeit bewältigen können - er soll aber auch kreativ und eigenverantwortlich sein.

was ist noch negativ:

- die Fähigkeit seine persönlichen Gefühle auszudrücken sinkt, ebenso die Fähigkeit, bei anderen Gefühle zu erkennen und darauf einzugehen
- kalte, unpersönliche Atmosphäre in den Fachschaften
- es gibt zu wenig Frauen im Physikstudium, Beziehungen werden erschwert
Anmache der Männer, Schutzmechanismen der Frauen

Wieso gibt es das zahlenmäßig so große Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen in der Physik?

- Männer werden zum Interesse an der Technik erzogen
- Männer neigen eher dazu, ersteinmal mit etwas rumzubröseln, ohne gleich zu fragen, wozu sie das machen, wozu das gut ist, was das bringt

Sieht es im geisteswissenschaftlichen Studium anders aus ?

- Geisteswissenschaften sind weniger abstrakt und unanschaulich, sie sind alltagsbezogener
- es wird da ähnliche Probleme geben

Was bewirkt, daß sich jemand voller Interesse in die Physik stürzt, und sich kaum für andere Sachen interessiert?

Hat das was zu tun mit Flucht vor menschlicher Auseinandersetzung ?

- die Physik ist ein System von Gedanken, geregelt durch physikalische Gesetze, weitgehend widerspruchsfrei, ein Betätigungsfeld, in dem persönliche Probleme ersteinmal keine Rolle spielen

Was können wir an unserer Situation ändern ?

- Reduzierung des Streß im Studium, um Freiräume zu schaffen
z.B. Abschaffen der Scheine, arbeitsmäßige Entlastung der Praktika, dafür sinnvoller gestalten (Projektpraktikum)
- Liberalisierung des Nebenfachs

Frage: Wie lernt man am besten? Unter Zwang, wie es die Regel ist, oder freiwillig, eigenverantwortlich, mit der Einsicht, daß es zweckmäßiger ist, kontinuierlich zu arbeiten.

- Verbindungen schaffen zu anderen Fachbereichen
z. B. eine Bufak- ähnliche Veranstaltung für mehr als einen Fachbereich möglicher Inhalt : Fachschaftsarbeit allgemein / Erfahrungsaustausch / Studium Generale (im Sinne von Robert Jungk) Vergleich: Landesastentreffen

Persöhnliche Veränderungen

- Kontakte mit Leuten, die mit Physik nichts am Hut haben
- verstärkt anderen Interessen nachgehen
- mehr auf den Umgang mit anderen Leuten achten
- Arbeitsklima in den Fachschaften zum Gesprächsthema machen

Gegen Ende entwickelte sich im AK eine Diskussion, deren Inhalt schlagwortartig umrissen werden kann mit: " Der Weg ist das Ziel " oder " Das Ziel ist wichtig " . Hier kam es zu einem Dissenz zwischen diesen beiden Grundhaltungen.

Die einen meinten, man müsse sich ein Ziel setzen , auf das man hinarbeitet. Natürlich soll diese Arbeit so sein, daß man sich nicht für das Ziel (z.B. Studierenerleichterungen) aufreißt, und auch beim Erreichen des Ziels unbefriedigt bleibt.

Die anderen meinten, daß der Weg (die Arbeit) an sich das Ziel sei. Die " Ziele " ergeben sich aus dem Weg (Ausgangspunkt und Richtung). Zufriedenheit soll ein fortwährender Bestandteil der Arbeit sein.

AK Hochschulpolitik

Ein Protokoll zu diesem AK liegt nicht vor. Anlaß für diesen AK war folgendes Papier, das einen Einblick in die diskutierte Problematik gibt.

Presseerklärung der Bundesfachschaftenkonferenz Biologie

**Bundesfachschaftentagung Biologie von Polizei aufgelöst
Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bürgerinitiativen verboten**

Die bundesweite (+ Berlin West) Tagung der Fachschaften Biologie sollte im Schloß Regendorf bei Regensburg am Wochenende vom 28.-30.11.86 stattfinden. Das Treffen stellt eine Koordination der Arbeit der Studentenvertretungen dar.

Nach dem bayernweiten Verbot der Bundeskonferenz gegen Atomanlagen luden wir Herrn Prof. Jens Scheer, prominentes Mitglied der Anti-AKW-Bewegung zu einem unserer Seminare ein. zu seinem Vortrag über die biologischen Folgen von Tschernobyl erschienen auch viele Gäste. Als Konsequenz ihrer dauernden Überwachung umstellten Polizei und BGS im Laufe der Veranstaltung mit mehreren Hundertschaften das Schloß. Die eingesetzten Beamten waren mit Maschinenpistolen und Gummiknüppeln bewaffnet. Zusätzlich wurden Zivilbeamte in die Tagung eingeschleust.

Nachdem der Mietvertrag des stadteigenen Tagungshauses auf Anordnung des Stadtrates von Regensburgfristlos gekündigt worden war, wurde die polizeiliche Räumung des Hauses nach Ablauf einer halben Stunde angedroht. Daraufhin verließen die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Tagung das Gelände, wodurch der geplante Ablauf der gesamten Fachtagung verhindert wurde.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Vorgehensweise der Bayerischen Staatsregierung und der Stadt Regensburg.

Die Räumung der Bundesfachschaftentagung und das Verbot der Bundeskonferenz gegen Atomanlagen sind ein eklatanter Verstoß gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit.

Dieses Vorgehen steht im Zusammenhang mit dem ständigen Abbau demokratischer Grundrechte. Bayern spielt hier in erschreckendem Maße eine Vorreiterrolle.

Im Zuge der Verschärfung der sogenannten Anti-Terror-Gesetze wird der Meinungs-austausch innerhalb oppositioneller politischer Gruppen kriminalisiert und unterbunden. Hierdurch wird erneut die Bestrebung deutlich, jegliche oppositionelle Arbeit systematisch zu verhindern.

Hinsichtlich der unglaublichen Vorgehensweise von Polizei und Stadt Regensburg gegen die Bundesfachschaftentagung werden wir in jedem Falle gerichtlich vorgehen.

Bundesfachschaftentagung Biologie

Protokoll zum Ak Fachschaftsarbeit

Der Ak hatte eher den Charakter eines lockeren Erfahrungsaustausches. Ich versuche, die angesprochenen Punkte nach logischem Zusammenhang zu ordnen.

Ein wichtiges Problem ist, wie man Kontakt zu den Studenten herstellt und hält. Viele FS'en leiden unter dem Vorurteil, "linke Spinner" zu sein, und der Erwartung, Serviceleistungen erbringen zu sollen (und weiter nichts). Es bestand Einigkeit darüber, daß man auch Service macht (Prüfungsprotokolle sammeln, Skripten verkaufen, ...), daß dies aber nicht Hauptaufgabe der FS sein kann.

Ein gewisser Kreis ergibt sich aus Leuten, die die FS'er privat kennen oder in Vorlesungen treffen. Es bleibt aber ein Rest, den man nicht erreicht und der wohl auch nicht erreicht werden will. Die meisten FS'en machen auch Ansagen in Vorlesungen, aber auch dann hören einige nicht zu oder sagen sogar, sie wollten lieber die Vorlesung hören.

Es kann nützlich sein, den FS-Raum zu einem Treffpunkt zu machen, indem man ihn tagsüber offenhält und vielleicht Kaffee ausschenkt. Dies bietet eine Möglichkeit, mit Studenten ins Gespräch zu kommen, hängt aber natürlich von den räumlichen Gegebenheiten ab.

Von Bedeutung ist auch, ob der FSR auf einer Fachschaftsvollversammlung gewählt wird (Rheinland-Pfalz) oder durch schriftliche Wahl. Eine FSVV ist natürlich eine gute Kontaktmöglichkeit, und vielleicht haben viele Landesgesetzgeber gerade deswegen die schriftliche Wahl vorgezogen.

Wie reagiert man auf schlechte Vorlesungen? Die Studenten können selbst Maßnahmen ergreifen (z.B. den Stoff in Gruppen erarbeiten). Die FS kann dann versuchen, über Dekan oder Fachbereichsrat Einfluß zu nehmen. In Einzelfällen ist es schon gelungen, unfähige Profs auszuwechseln. Andererseits kann eine FS auch bestimmte Vorlesungswünsche haben und damit an den Fachbereich oder an einen Prof herantreten. Auch hier sind schon Erfolge erzielt worden.

Viele FS'en geben in den Vorlesungen Fragebögen zur Beurteilung der Profs aus. Günstigster Termin ist Mitte des Semesters: So spät, daß man den Prof beurteilen kann, und so früh, daß Verbesserungswünsche noch sinnvoll sind. Nach Veröffentlichung der Ergebnisse haben zumindest einige Profs sich bemüht, ihren Stil zu verbessern; außerdem tragen solche Aktionen zum Ansehen der FS bei.

Im Anschluß an den Erstsemester-AK tauchte die Frage auf, wie es mit Infos für Fortgeschrittene (Diplomarbeiten) bestellt ist. In Marburg gibt es eine von der FS mit-initiierte Vortragsreihe dazu. Anderswo (z.B. Darmstadt, Göttingen) gibt es Vorstellungsveranstaltungen der Institute, ohne Mitwirkung der FS.

Zum "Arbeitsklima" in den FS'en: Die meisten wenden das Konsensprinzip an und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Es ist nicht so, daß Ideen zerredet werden (wie man befürchten könnte), sondern wer etwas machen will, wird meistens auch gelassen.

FS-Zeitungen müssen meist von den FS'ern selbst geschrieben werden, nur in Ausnahmefällen schreiben andere Leute oder Gruppen/Initiativen. Obwohl die Zeitungen von vielen gelesen werden, ist das Feedback an die FS gering. Aus Kaiserslautern kam die Idee, eine "thematische Zeitung" zu publizieren, sozusagen ein Mittelding zwischen einer normalen Zeitung und einer Sammlung von Flugblättern zu verwandten Themen.

Protokoll zum Abschlußplenum der Bufak WS 86/87

Leitung : Karl-Heinz Schlaad
Anwesend : 33 Teilnehmer
Zeit : 10⁵⁵ - 13⁵⁰
Ort : Senatssitzungssaal der Uni Kaiserslautern
Protokoll : Bernhard Schehr

Tagesordnung

1. Ort für nächste Bufak
2. Weitergabe des Sekretariats
3. Finanzielles
4. Berichte der AK's
5. Vorschläge, Mitteilungen, Anregungen

1. Wo findet die nächste Bufak statt ?

Vorgeschlagen wurden die Orte Regensburg, Tübingen, Aachen, Mainz und Marburg. Nachdem die Vertreter der jeweiligen Hochschulen ihre Argumente vorgebracht haben, findet man folgende Lösung.

SS 87 (im Juni 87)	Aachen (TH)
WS 87/88	Erlangen

2. Weitergabe des Sekretariats

Turnusgemäß gibt Mainz das Sekretariat ab. Regensburg erklärt sich bereit, das Sekretariat zu übernehmen. Protokolle und andere Schriftstücke sollen zur Verbreitung in reproduzierbarem Zustand dorthin gesandt werden.

Adresse Regensburg :

Fachschaft Physik
c/o Arno Schilz
Universitätsstraße 31
8400 Regensburg

3. Finanzielles

In Zusammenhang mit der Bufak ist von den ASten in Mainz und Braunschweig eine Unterstützung der süddeutschen Fachschaften zu erwarten (zweckgebundene Gelder). Kontaktadresse zur VDS bleibt weiterhin Bonn.

Die 1000.- DM aus Braunschweig für diese Bufak werden zur Fahrkostenerstattung der süddeutschen Fachschaften verwendet (Kilometerpauschale: 0.18 DM bzw Bahnfahrkarte). Der Rest geht ans Sekretariat für dessen laufende Kosten.

4. Berichte der AK's

4.1 Das 4+ Modell

Als Unterlagen standen dem AK zur Verfügung:

- die blaue Schrift des Wissenschaftsrates
- ein Artikel von Prof. Dr H.Ehrhardt (Kaiserslautern) aus den phys. Blättern.

In verschiedenen Fachbereichsräten wird das Modell derzeit diskutiert. Die Chancen des Modells sind im Bereich der Physik gering. Besonders abzulehnen ist der mit dem Modell verbundene Ersatz der Chancengleichheit für alle Studenten durch eine leistungsbezogene (willkürliche) Auswahl für die Graduierten-Kollegs. Auch die Diplom-Arbeit verliert ihren Wert als wissenschaftliche Arbeit. Auf die Verbindung des Modells mit dem beabsichtigten Wettbewerb der Hochschulen (siehe dazu AK der Bufak in Braunschweig) wird besonders hingewiesen. Selbst eine unverbindliche Einführung des 4+ Modells würde als Folge des Konkurrenzdrucks mit der Zeit, alle Hochschulen zwingen das Modell zu übernehmen.

4.2. Kernenergie

Der AK hat ein Diskussionspapier erstellt. Dieses soll als Anregung und Grundlage für interne Diskussionen in den Fachschaften dienen. Darauf aufbauend ist im Rahmen der nächsten Bufak eine Stellungnahme zu aktuellen Energiefragen geplant.

4.3 Wissenschaftler und Frieden

Grundlage der Arbeit waren die Hamburger Abrüstungsvorschläge vom 12. Sept. 86. Um dieses Papier bekannter zu machen, wird es vom Ak dem Bufak-Protokoll beigelegt. In den Fachschaften soll es diskutiert werden. Unter den Teilnehmern herrscht in Bezug auf dieses Thema Resignation vor. Dennoch sollten wir die Hoffnung nicht verlieren. Wissenschaftler müssen sich ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft bewußt sein. In diesem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung, wie man die Bevölkerung erreichen kann, um in der Öffentlichkeit eine Diskussion anzuregen und in Gang zu halten. Dabei ist es auch die Aufgabe eines Naturwissenschaftlers, darauf zu achten, wo Politiker versuchen, die Volksmeinung zu beeinflussen. Unterstützt durch ihre Autorität ist es ihnen möglich unwahre Behauptungen mit wissenschaftlichen Argumenten zu widerlegen und bloßzustellen. Es wird vorgeschlagen, dieses komplexe Thema auf der nächsten Bufak wieder aufzugreifen.

4.4 Flüchtlingsproblem

Dieser AK wurde zugunsten des AK Kernenergie reduziert. Wegen der kurzen Zeit zur Vorbereitung waren die Mitarbeiter des AK's sowieso nur in der Lage, einzelne Ereignisse aus ihrem Erfahrungsbereich zu schildern. Vielleicht kann man dieses Thema auf der nächsten Bufak besser vorbereitet wieder aufgreifen.

4.5 Technologietransfer

Dem Plenum standen die Notizen für das Protokoll dieses AK's nicht zur Verfügung. Teilnehmer berichten über die angesprochenen Aspekte. Technologietransfer ist wichtig. Allerdings stellt sich die Frage, wem er nutzen soll. Hierzu gehört dann auch, welchen Einfluß die Industrie auf die Hochschulen hat. Die Gefahr der Abhängigkeit der Forschung von der Industrie darf nicht außer Acht gelassen werden. Schließlich soll die Forschung an den Hochschulen mehr an den Bedürfnissen der Menschen und weniger an den Anforderungen der Industrie ausgerichtet sein. Gute Ansätze werden in Ökoinstituten und Wissenschaftsläden gesehen. Es ist jedoch wichtig nach Möglichkeiten zu suchen, um Projekte zu fördern, die der ganzen Gesellschaft nutzen. Ziel wird es sein, der Bevölkerung Informationen zur Verfügung zu stellen und ein Bewußtsein für die Probleme zu schaffen. Um diese zu Überzeugen, ist aber ein vernünftiges Konzept notwendig, das auch funktionieren kann.

4.6 Erstsemesterarbeit

In dem Ak stellten die Teilnehmer ihre Aktivitäten vor. Besonderes Interesse fanden die Planspiele in Zusammenhang mit den Universitätsgremien (AStA, Senat, Fachschaft, Dekan, FBR, etc). Erwähnenswert, weil originell, ist eine Idee, die in Braunschweig durchgeführt wurde, um Studenten zum kritischen Nachdenken über ihr Verhalten in der Vorlesung anzuregen : Mit einem Dozenten wurde abgesprochen, daß er, nachdem er längere Zeit ungehindert wilde unverständliche Formeln an die Tafel geschrieben hat, von 2 Personen in weißen Kitteln abgeführt wird.

Von den Mitarbeitern des AK wurde eine Liste zusammengestellt, auf der sie angeben, welche schriftlichen Informationen man bei ihnen zur Erstsemesterarbeit bekommen kann.

4.7 Veränderungen durch das Studium

Dieses Thema überdeckt einen sehr weiten Bereich. Ausgangspunkt für den Arbeitskreis war die Beobachtung der eigenen Situation.

Nachdenklich stimmt der Einfluß des Studiums auf Denkstrukturen hin zum logisch rationalem Denken. Kommt dabei emotionales und spontanes Verhalten zu kurz und wird ein Physikertyp geprägt, der vor menschlichen Auseinandersetzungen flieht ?

In diesem Zusammenhang stellt sich die auch die Frage, warum so wenige Frauen in den Physikstudiengängen zu finden sind.

Fragwürdig ist ein Verhalten, das zu einem freudlosen Abhaken von Tagespunkten führt. Man sollte doch versuchen, eine befriedigendere Art der Arbeit zu erreichen. Zur Frage der gewollten Überlastung im Studium wird eine These von Gerda Freise angeführt, wonach im Grundstudium ein bestimmtes Persönlichkeitsprofil erzeugt wird. Kreativität und Kritikfähigkeit sind nicht gefragt.

Um nachteiligen Entwicklungen entgegenzuwirken, wird angeregt, verstärkt Verbindungen zu anderen Fachbereichen zu suchen. Im Erfahrungsaustausch ist es dann möglich die eigene Situation aus einem anderem Blickwinkel zu sehen. Kontakte zu anderen Leuten und Interessen außerhalb der Uni sind immens wichtig und dürfen während des Studiums nicht zu kurz kommen. Zum verstärkten Austausch mit anderen Fachbereichen wird vorgeschlagen, eine Tagung mit Teilnehmern aus allen Fachbereichen anzuregen (regional begrenzt).

4.8 Hochschulpolitik

Dieser Ak befaßt sich hauptsächlich mit den Vorgängen um die Bufak der Biologen und der BuKo der AKW-Gegner in Regensburg am vorangegangenen Wochenende. Im Abschlußplenum schildert ein Teilnehmer aus Regensburg nochmals die Chronologie der Ereignisse.

4.9 Fachschaftsarbeit

Dieser Ak führte die Gespräche aus dem Ak Erstsemesterarbeit fort. Angesprochen wurden: Informationen auch für höhere Semester; Stellung der Serviceleistungen; Aktivitäten wie Seminare, AK's; Fachschaftszeitung und das Image der Fachschaft bei den Studenten.

Zu wichtigen Fragen werden neue Ideen gesucht:

Wie können auch politische Themen an die Studenten herangetragen werden, so daß man eine Resonanz erhält?

Wie ist der Meinungs- und Informationsaustausch zwischen der Fachschaft und der Masse der Studenten, die wir vertreten sollen, zu erreichen bzw. zu verbessern?

Viele Teilnehmer interessieren sich für die Umfragen zur Vorlesung, wie sie z.B. in Kaiserslautern durchgeführt werden.

5. Vorschläge

Als Arbeitskreise für die nächste Bufak werden neben den oben angeregten vorgeschlagen:

Physik & Presse

Physik und Philosophie/Theologie: Dazu können Mainz, Regensburg, und Braunschweig Material mitbringen!

Aufruf: Bringt zur nächsten Bufak auch mehrere Exemplare eurer Fachschaftszeitung mit.

Zum Abschluß wird vom Ak Veränderungen durch das Studium nochmals auf den Gedanken einer "allgemeinen Bufak" hingewiesen. Die Fachschaften sollen in ihrem Bereich die Chancen dafür ausloten und Kontakte suchen.

Der Leiter schließt das Plenum und wünscht gute Heimreise.

Der Bufakführer